

# Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Ersteinmalig mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Geschäftsabnahme monatlich 2 M., durch unsere Vertreter gegenbar in der Stadt monatlich 2 M., auf dem Lande 2 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. mit Zustellungskosten. Alle Druckkosten und Postkosten sowie unsere Anzeigen und Geschäftsstellen nehmen überzeit Befreiungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen bei der Bezugsleiter keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interessentenpreis 2 M. für die 6 gefalteten Korrespondenzblätter oder deren Raum, Anzeigen, die 2 gefaltete Korrespondenzblätter 2 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechende Preisnachlässe. Bestellungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 gefalteten Korrespondenzblätter 2 M. Nachzahlungstermin 30 Tage. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Haftung. Jeder Anzeigenspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Rückzahlungsgefahr gerät.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Kästle, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 114

Mittwoch den 17. Mai 1922.

81. Jahrgang

## Ämtlicher Teil.

Die für Montag den 29. Mai 1922 nachmittags 1/2 Uhr im Verhandlungslokal des amthauptmannschaftlichen Dienstgebäudes anberaumte **Bezirksversammlung** der Amtshauptmannschaft Meißen wird auf

**Mittwoch den 31. Mai 1922**

verlegt. Tageszeit und Ort der Tagung bleiben unverändert.

Wilsdruff, am 15. Mai 1922. Der Vorsitzende der Bezirksversammlung. 239 I B. G. Löckner, Gemeindevorstand.

**Montag den 22. Mai 1922 vormittags 1/9 Uhr**

wird im Verhandlungslokal des amthauptmannschaftlichen Dienstgebäudes **öffentliche Sitzung des Bezirksausschusses** abgehalten werden. Die Tagesordnung ist vom 17. Mai 1922 ab im Aushängelasten des amth. Dienstgebäudes angeschlagen. Meißen, am 16. Mai 1922. Nr. 236 I B. Der Amtshauptmann.

**Wir bitten höflich, Anzeigen bis vormittags 10 Uhr aufzugeben.**

## Die Haager Sachverständigentagung.

Berlin, 15. Mai. Wie der Sonderberichterstatter des B. Z. aus Genua berichtet, wurde in der heutigen Sitzung der Beschlüsse der russischen Delegierten in ihrem Memorandum vom 11. d. M., in dem eine Sachverständigenzusammenkunft vorgeschlagen wird, angenommen, und zwar soll deren Zusammenkunft am 26. Juni erfolgen. Die in Genua versammelten Mächte,

mit Ausnahme von Deutschland und Rußland,

sollen von dem Präsidenten der Konferenz eingeladen werden, Vertreter zum 15. Juni nach dem Haag zu senden für einen vorläufigen Austausch ihrer Ansichten und zur Festlegung ihrer Aktionslinie gegenüber den Russen. Eine gleiche Einladung soll von dem Präsidenten der Genuakonferenz an die Vereinigten Staaten gerichtet werden, falls Sicherheit darüber besteht, daß sie sich beteiligen.

Die eingeladenen Vertreter im Haag werden entscheiden, in welcher Weise die Kommission zusammenzusetzen ist, die mit der Führung der Verhandlungen betraut werden soll. Die bei dem vorläufigen Meinungsaustausch vertretenen Mächte werden auf Grund dieser Beratungen mitteilen, ob sie bereit sind, an den Verhandlungen, die am 26. Juni beginnen, teilzunehmen, falls sie nicht schon vorher dazu Stellung genommen haben. Falls eine der Regierungen nicht bereit ist, an den Verhandlungen teilzunehmen, ist das kein Grund für die übrigen Regierungen, nicht im Haag zusammenzutreten. Falls nicht innerhalb dreier Monate von der Sachverständigenkonferenz gemeinsame Beschlüsse vorgelegt werden können oder falls nicht gemeinsame Empfehlungen von den betreffenden Regierungen innerhalb eines weiteren Monats erfolgen, wird es jeder Regierung freistehen, selbständig Abmachungen mit der russischen Regierung über diejenigen Gegenstände, die im Anhang des Protokolls bezeichnet werden sollen, zu treffen. Die Delegationen sind übereingekommen, den Regierungen zu empfehlen, private Übereinkünfte weder anzuerkennen noch zu unterstützen, die von ihren Staatsangehörigen mit der russischen Sowjetregierung getroffen worden sind und die Eigentümern betreffen, das anderen Ausländern gehört, bis die Sachverständigenkommission ihre gemeinsamen Beschlüsse gefaßt hat, falls es überhaupt dazu kommt. Die französische und die belgische Kommission haben erklärt, daß sie bereit seien, ihren Regierungen die in dem Sitzungsbericht enthaltenen Beschlüsse mitzuteilen. Den Russen ist ein besonderer Vorschlag übergeben worden.

In einem Anhang wird ausgeführt, daß eine Sachverständigenkommission mit einer russischen Kommission verhandeln soll, die dieselben Vollmachten hat wie die erwähnte Kommission. Die zu behandelnden Gegenstände werden alle schwebenden Fragen beschäftigen, die sich auf die Schulden, den Privatbesitz und die Kredite beziehen. Den Russen wird 5 bis 6 Tage zur Antwort gelassen.

## Rußland soll annehmen.

Berlin, 15. Mai. Wie der Berichterstatter des Abendsblattes aus Genua berichtet, wurde in der heutigen Sitzung der einladenden Mächte beschlossen, morgen eine Sitzung des politischen Unterausschusses abzuhalten, zu der auch Rußland eingeladen wird, um ihm die vereinbarten Vorschläge zu der Zusammenkunft der beiden Sachverständigenkommissionen im Haag zu unterbreiten und Sowjetrußland zu seiner Annahme aufzufordern.

London, 16. Mai. Tschischewin erklärte in einer Unterredung mit dem Genuaer Sonderberichterstatter des Daily Herald: Wir werden es unbedingt ablehnen, irgendeine Kommission anzuerkennen, die ernannt wird, um sich mit der russischen Frage zu beschäftigen, wenn Rußland nicht in ihr vertreten ist. Wir werden nicht gestatten, Nachforschungen anzustellen. Wir bestehen auch auf unserer vollen Freiheit, Verträge jeder Art mit jeder Nation abzuschließen, sowohl während wie nach der Konferenz.

## Eine russische Protestnote gegen die Haager Konferenz.

Genua, 15. Mai. Die Haager Konferenz ist kaum geplant, schon wieder gefährdet. Die Russen wollen nicht, daß sie ohne

ihre ausdrückliche Zustimmung einberufen wird. Tschischewin hat an Schanzer als Präsidenten der politischen Unterkommission

eine Note

gerichtet, in der er Stellung nimmt zu den Absichten der Mächte: 1. Rußland von der Prüfungskommission im Haag auszuschließen oder ihm nur eine beratende Stimme zuzubilligen; 2. die Teilnehmerstaaten zu verpflichten, während der Dauer der Kommission keine separaten Verträge mit Rußland zu schließen. Die Note fährt dann fort: Da die russische Delegation keine Möglichkeit hat, sich amlich über die Arbeiten der Unterkommission und insbesondere über die von ihr getroffenen Entscheidungen zu unterrichten, fühlt sie sich verpflichtet, den

absolut unannehmbaren Charakter dieser schwerwiegenden Entschlüsse

zu unterstreichen. Vor allem brüht die russische Delegation ihre Ueberraschung darüber aus, daß sie nicht eingeladen wurde, ihren Standpunkt über einen von ihr selbst gemachten Vorschlag zu erläutern. Was den Schwerpunkt der zu treffenden Entscheidungen anlangt, stellt die russische Delegation fest, daß anstatt das Einvernehmen zwischen Mächten zu erleichtern, die Beschlüsse nur den Erfolg haben werden, die bereits erzielte Annäherung zwischen den Mächten und Rußland wieder rückgängig zu machen. Ferner werden sie dazu führen, daß die alten Methoden zur Ordnung des russischen Problems, die sich schon als unfruchtbar und schädlich erwiesen haben, wieder ausleben.

Der Ausschluß Rußlands würde den Kommissionsarbeiten jeden objektiven Charakter und jede moralische Autorität nehmen, nicht nur in den Augen des russischen Volkes, sondern auch bei der ganzen unparteiischen öffentlichen Meinung.

Der weitere Entschluß, der die Mächte verpflichtet, kein Abkommen mit Rußland zu schließen, ist nur

eine neue Art maskierter Blockade,

die direkt gegen die Interessen des russischen Volkes gerichtet ist, das darin einen neuen Akt von Feindseligkeit gegen seine Lebensinteressen erblicken würde. Uebrigens würden solche Entscheidungen im offenen Widerspruch stehen zu dem anderen Vorschlag der Mächte, sich jeder Feindseligkeit zu enthalten. Die russische Delegation stellt fest, daß noch jedesmal, wenn ein Abkommen getroffen werden sollte, gewisse Mächte ihre eigenen Interessen über die des Friedens stellen. Zum Schluß verlangt die Note an Stelle einer so einseitigen Behandlung der russischen Frage die sofortige Einberufung der politischen Kommission, in der die russische Delegation ihre Vorschläge im Hinblick auf die Bildung der Expertenkommission vorlegen kann.

Erst der Gottesfriede — dann Haag.

Genua, 15. Mai. Lloyd George erklärte heute seinen Besuchern: Bevor die Haager Konferenz ihre Arbeiten anfangen, müsse in Genua der Gottesfriede geschlossen sein. Wenn eine Macht ihn nicht unterschreibt, kann sie keine Delegierten in das Wahlkomitee nach dem Haag senden. Der Gottesfriede muß so lange dauern, bis die Konferenz ihre Arbeiten beendet hat, kann aber automatisch verlängert werden.

Englands Presse zu Lloyd Georges neuestem Vorschlage.

London, 15. Mai. Die Presse Lloyd Georges feiert den gestern erzielten Vergleich als einen großen persönlichen Triumph Lloyd Georges und prophezeit, Poincaré werde kein neues Veto einlegen.

Das Arbeiterorgan spricht von einer neuen Kapitulation Lloyd Georges und sieht in dem Vergleich das Ergebnis der amerikanischen Intervention, veranlaßt von dem Interesse der Standard Oil Company. Der Vertreter des „Daily Express“ erfährt aus zuverlässiger Quelle, daß der amerikanischen Regierung nahestehende Persönlichkeiten der Konferenz Vorschläge zur Aufhebung des Rapallo-Vertrages wie aller anderen Sonderverträge mit Rußland unterbreitet hätten, um neue Verhandlungen auf unbeschriebener Tafel zu beginnen.

Noch acht Konferenztage?

Ueber die Dauer der Konferenz von Genua ist man in Berliner amtlichen Kreisen der Ansicht, daß sie noch acht Tage

währen wird. Die Engländer werden voraussichtlich, soweit bis jetzt Dispositionen vorliegen, am Montag oder Dienstag der nächsten Woche abreisen. Auch die deutsche Delegation wird das Ende der Konferenz abwarten und erst nachher die Rückreise antreten.

Das Orientproblem in den Vordergrund gerückt.

Paris, 15. Mai. Sofort nach Schluß der Konferenz von Genua wird das Orientproblem in den Vordergrund der diplomatischen Ereignisse treten. Die Kemalisten hatten vorgeschlagen, daß die Waffenstillstandsverhandlungen in Ismid eröffnet werden sollen. Frankreich und Italien stimmten zu, England lehnte ab. Nunmehr ist ein Bericht der amerikanischen Hilfskommission für Anatolien bei der englischen Regierung eingetroffen, worin die Grausamkeiten und Mecheien der Türken gegenüber der griechischen Bevölkerung eingehend geschildert werden. Das „Foreign Office“ teilte diesen Bericht der französischen und der italienischen Regierung mit und erklärte gleichzeitig, daß dadurch sein Standpunkt, die Waffenstillstandsverhandlungen nicht in Ismid stattfinden zu lassen, eine bedeutende Verstärkung erhalten habe.

England schlägt Frankreich und Italien die Entsendung einer Untersuchungskommission nach Anatolien vor, um die Anklage der amerikanischen Hilfskommission gegen die kemalistische Regierung festzustellen. Sollten die Berichte der Amerikaner auf Wahrheit beruhen, so würden die Pariser Beschlüsse wegen Lösung des Orientproblems von England als nicht mehr gültig angesehen werden.

150 Millionen Lire bereits ausgegeben.

Genua, 15. Mai. Die Auslagen der italienischen Regierung für die Konferenz haben die vorgesehene Summe von 150 Millionen Lire bereits überstiegen. Dem Parlament wird eine neue Summe zur Bewilligung vorgeschlagen.

## „Sorgfältige Ermägungen Washingtons.“

London, 15. Mai. Daily Telegraph berichtet aus Washington: Der Appell Frankreichs an die Vereinigten Staaten, an der geplanten internationalen Kommission zur Untersuchung der russischen Lage teilzunehmen, wird in Washington sorgfältig erwogen werden. Nach einer Kabinettsitzung am Dienstag teilte Präsident Harding den Berichterstatter mit, Genua habe sich im großen und ganzen so entwickelt, wie das Staatsdepartement vorausgesehen hat. Die in Genua gemachten Vorschläge und Taten bedeuteten mehr oder weniger eine Anerkennung der Grundsätze, die von der Washingtoner Regierung in der russischen Politik niedergelegt worden seien.

London, 15. Mai. In der Sunday Times schreibt der amerikanische Publizist Franc H. Simons: Die große Masse des amerikanischen Volkes habe sich die Ansicht der amerikanischen Regierung zu eigen gemacht, daß es zwecklos sei, sich mit der europäischen Frage zu beschäftigen, bevor Europa die amerikanischen Ansichten in der Abrüstungsfrage sowie in den Fragen des Ausgleichs der Budgets und der Herabsetzung der Reparationen angenommen habe.

London, 15. Mai. Die Morning Post berichtet aus Washington: Das tatsächliche Scheitern der Konferenz habe merkwürdigerweise eine optimistische Stimmung in amerikanischen Regierungskreisen erzeugt, die in Leitartikeln der Presse zum Ausdruck komme. Es sei informell mitgeteilt worden, die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß die Bolschewisten, nachdem sie versucht hätten, Europa zu sprengen, und dabei einen Misserfolg davongetragen hätten, jetzt die Notwendigkeit dessen einsehen werden, was Staatssekretär Hughes stets gefordert hat, nämlich, daß sie nicht nur Versprechen geben dürfen, sondern auch Garantien für den Schutz des Lebens und Eigentums. Man sei in Amerika der Ansicht, daß die Lage Rußlands in einigen Monaten sich noch verschlechtern werde, wenn Rußland von Europa und Amerika kein Geld und keine Kredite erhalte.

Die Einladung.

Genua, 15. Mai. Die nach Washington gerichtete Anfrage, ob die Vereinigten Staaten in der Kommission für die russischen Fragen vertreten sein wollten, ist auf Veranlassung Lloyd Georges erfolgt.